



22. März 2019

AUSGABE 3/2019

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,*

im Januar hat die Kommission für „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Darin sind 40 Milliarden Euro Investitionen vorgesehen, um Strukturbrüche durch den Kohleausstieg zu vermeiden. Wir SPD-Abgeordneten des Ruhrgebiets haben uns den Bericht natürlich genau angeschaut – vor allem hinsichtlich der Frage, wie unsere Region von den geplanten Maßnahmen profitieren soll. Zwar berücksichtigt der Bericht auch Regionen mit Steinkohlekraftwerken, aber unter den 157 konkreten Projektvorschlägen ist keines mit klarer Zuordnung für das Ruhrgebiet dabei – allein für das kleine Saarland sind es 11. Da hat Herr Laschet als Mitglied der Kommission aber schlecht für NRW verhandelt!

In den letzten Tagen haben die Ruhr-MdBs daher ein Papier erarbeitet, in dem wir mit Nachdruck auf diesen Missstand hinweisen und konkrete Projekte für das Ruhrgebiet vorschlagen. Denkbar wäre beispielsweise ein innovatives Modellprojekt „Wasserstoffschiene Ruhr – von der Erzeugung und Lagerung bis zum Verbrauch“. Unsere Forderungen haben wir an den NRW-Ministerpräsidenten, der sich endlich ernsthaft für unsere Region einsetzen muss, und an den Bundeswirtschaftsminister geschickt.

---

## *Mehr Sprechstunden, weniger Wartezeiten*

Noch immer werden Privatpatienten im Vergleich zu Kassenpatienten in unserem Gesundheitssystem bevorzugt behandelt, beispielsweise durch kürzere Terminwartezeiten. Das wollen wir ändern. Den Anfang machen wir mit dem nun beschlossenen Terminservice- und Versorgungsgesetz.

Künftig sind Ärzte verpflichtet, 25 statt 20 Sprechstunden pro Woche für gesetzlich Versicherte anzubieten. Für diese zusätzlichen Stunden werden die Ärzte besser bezahlt, sodass es sich für sie lohnt, mehr Kassenpatienten zu behandeln.

Parallel dazu bauen wir die Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen aus. In Zukunft kann man sich an sie wenden, um möglichst schnell einen Termin beim Haus- oder Kinderarzt zu bekommen. Bislang gilt das nur für Fachärzte. Behandelt ein Arzt einen Patienten, der ihm über die Ter-

minservicestellen vermittelt wurde, erhält er dafür einen Zuschlag. Dabei gilt: Je eher ein Patient einen Termin bekommt, desto höher der Zuschlag für den Arzt. So haben diese Anreize, Kassenpatienten möglichst schnell einen Termin zu geben.

Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt weg von der Zwei-Klassen-Medizin. Langfristig aber bleibt unser Ziel eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und in der alle gleich behandelt werden.

---

### *Ausbeutung von Paketboten beenden*

Für Zusteller, die nicht direkt für Hermes, Amazon oder den Deutschen Paket Dienst (DPD) arbeiten, sind ein Arbeitspensum über 48 Stunden pro Woche und eine Bezahlung deutlich unter dem Mindestlohn keine Seltenheit. Diese Ausbeutung wollen wir beenden. Die Ursache liegt darin, dass die großen Paketdienstleister ihre Aufträge an für sie günstigere Unternehmen vergeben. Die können aber nur so günstig sein, weil sie ihre Mitarbeiter schlecht bezahlen. Daher müssen die Auftraggeber auch hier die Verantwortung für Arbeitsbedingungen und Bezahlung übernehmen. Diese sogenannte Nachunternehmerhaftung haben wir bereits in der Bau- und Fleischwirtschaft. Andrea Nahles und unser Arbeitsminister Hubertus Heil fordern nun eine Ausweitung auf die Paketbranche. Allerdings lehnt die Union dies ab. Deshalb müssen wir hier den Druck erhöhen. Unterstützung gibt es hoffentlich aus dem Bundesrat: Niedersachsen und Bremen haben dazu eine Initiative gestartet und einen Antrag eingebracht.

---

### *Pflegebedürftige finanziell entlasten*

Weil Pflege insgesamt teurer wird, wird auch die Unterbringung in einem Pflegeheim immer teurer. Somit steigt auch die Belastung für die Bewohner, weil sie einen Teil der Kosten zu tragen haben. Um sie zu entlasten, wollen wir ihren Eigenanteil deckeln. Denkbar wäre eine Grenze von 618 Euro pro Monat. Die dadurch entstehende Lücke muss die Pflegeversicherung füllen. Dafür soll sie einen Steu-  
erzuschuss erhalten.

Wegen der steigenden Pflegekosten brauchen wir aber eine grundsätzliche Debatte über die künftige Finanzierung. Die Hauptursache für die Kostensteigerungen liegt im demographischen Wandel: Die Menschen werden immer älter und die Zahl der Pflegebedürftigen steigt.

---

### *Klimakabinett soll Gesamtkonzept entwickeln*

Die Bundesregierung hat endlich unsere Forderung nach einem Klimakabinett aufgegriffen. Merkel, der Kanzleramtschef sowie sieben Fachminister – darunter Svenja Schulze und Olaf Scholz – gehören dem neuen Gremium an. Svenja ist als Umweltministerin die Vorsitzende. Sie hatte bereits einen Vorschlag für ein Klimaschutzgesetz vorgelegt. Da die Union diesen wieder einfach ablehnt, ist es nun Aufgabe des Kabinettes zu überlegen, mit welchen Gesetzen Deutschland seine Verpflichtungen und Ziele im Klimaschutz einhalten kann. Alle Ressorts müssen jetzt Tempo machen und mitarbeiten. Bis Ende des Jahres soll das Gesetz verabschiedet werden. Die Zeit drängt!

Aufgrund der „Freitags für die Zukunft“- Bewegung ist das Thema Klimaschutz wieder verstärkt in den Fokus gerückt. Das ist gut, weil es die Wertigkeit in der Bevölkerung unterstreicht. Unabhängig davon finde ich die Aktion super. Sie zeigt, dass sich Kinder und Jugendliche entgegen üblicher Behauptungen politisch interessieren und engagieren.

---

## *Verlängerung von Rüstungsexportstopp an Saudi-Arabien*

Die SPD-Bundestagfraktion spricht sich dafür aus, die Waffenexporte nach Saudi-Arabien weiter auszusetzen. Grund dafür ist, dass Saudi-Arabien noch immer im Jemenkrieg aktiv ist. Ende März läuft der aktuelle Exportstopp aus. Wir wollen, dass er um ein halbes Jahr verlängert wird.

Grundsätzlich bräuchte es natürlich eine europäische Lösung im Umgang mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Da Deutschland an gemeinsamen Rüstungsexportprojekten mit Frankreich und Großbritannien beteiligt ist, wäre es effektiver, an einem Strang zu ziehen. Dies zeichnet sich aktuell aber leider nicht ab. Umso wichtiger ist daher, dass wir in Deutschland konsequent bleiben. Dafür muss Wirtschaftsminister Altmaier wie vereinbart auch zügig eine verschärfte Rüstungsexport-Richtlinie vorlegen.

---

## *Aufschub der Frist für den Brexit*

Das britische Parlament hat Mitte März erneut das Austrittsabkommen mit der EU abgelehnt. Somit drohte ein unkontrollierter Austritt („harter Brexit“) am 29. März. Um das zu verhindern, hat sich Großbritannien nun mit der EU auf zwei alternative Strategien geeinigt: Entweder das britische Parlament stimmt dem Abkommen nächste Woche doch noch zu. Dann wäre bis zum 22. Mai Zeit für einen geregelten Austritt. Oder das Parlament lehnt erneut ab. Dann läuft die Frist am 12. April aus und wir stünden wieder genau da, wo wir heute sind.

Natürlich finde ich es gut, dass ein harter Brexit vorerst verhindert wird. Allerdings muss in London jetzt was passieren! Entweder man stimmt nun zu oder man macht konkrete, realistische Gegenvorschläge, wie es weitergehen soll, beispielsweise mit einem zweiten Referendum.

Unabhängig davon ist wichtig, dass wir auf alle möglichen Austrittsszenarien vorbereitet sind. Die von der Bundesregierung initiierten Gesetzespakete sind bereits beschlossen und werden pünktlich vor dem 29. März 2019 in Kraft treten. So werden Nachteile für die Bürger und Unternehmen minimiert. Beispielsweise wird der Flug- und Straßengüterverkehr zwischen der EU und Großbritannien weiter sichergestellt. Um einen höheren Kontrollaufwand beim Warenverkehr aufzufangen, wird der Zoll um rund 900 zusätzliche Stellen verstärkt, insbesondere an See- und Flughäfen.

---

Nach zwei Sitzungswochen folgt nun wieder eine Woche in Dortmund mit Besuchen in Hörde, Scharnhorst, Aplerbeck und bei der Aidshilfe. Anschließend geht es wieder für zwei Wochen nach Berlin. Ein dichtes Programm! Aber das ist auch nötig, um voranzukommen. Der nächste Newsletter kommt dann vor der Osterpause. Euch ein schönes Wochenende!

Eure  
